

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: DB 88 B 46 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzender, weist auf die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Staat in Japan hin: Lee Iacocca und die herkömmliche Schule. Seite 1

Harald B. Schäfer MdB erinnert innert im Hinblick auf die Fortschreibung des Energieprogramms an entsprechende Entschlüsse: Weder - noch. Seite 3

Dagmar Luuk MdB erwartet eine enge Zusammenarbeit von Griechenlands Ministerpräsident Papandreu mit den europäischen Regierungen: Der Wechsel hat stattgefunden. Seite 4

Dokumentation

Willy Brandt auf einer Gedenkveranstaltung für Willi Eichler: Die Partei ringt um ihre Identität. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5330 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 202

22. Oktober 1981

Japan gibt zu denken

Lee Iacocca und die herkömmliche Schule

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

"Ich bin überhaupt nicht mehr sicher, ob es eine Zukunft für die private Automobilwirtschaft in den Vereinigten Staaten gibt. Ich habe die Situation in Japan studiert und erkannt, daß der Erfolg unserer Branche dort der gemeinsamen Planung von Staat und Industrielern zu verdanken ist." Dies sagt kein x-bellebiger. Es ist die Meinung von Lee Iacocca, Präsident von Chrysler Motors. Das berichtet in dieser Woche die Zeitung "Die Welt". Und er fügt hinzu: "Das ist nicht mehr die 'Unternehmerfreiheit', mit der wir immer gelebt haben und die uns zum Dogma wurde. Es handelt sich um etwas anderes. Wir werden es auch erlernen müssen."

Wenn ein Sozialdemokrat von Planung spricht, kann er der teils böartigen, teils ironischen Angriffe der herkömmlichen Schule der Nationalökonomie sicher sein. Diese hat sich für eine ökonomische Politik entschieden, die in den westlichen Ländern ruinösen Charakter annimmt. Lieber läßt man durch hohe Zinsen und ungezügelter Verdrängungswettbewerb jährlich Tausende selbständige Existenzen und Betriebe über den Jordan gehen und damit wirtschaftliche und beschäftigungswirksame Strukturen verfallen, als über eine unseren Bedingungen entsprechende Planung von Staat und Wirtschaft nachzudenken. Wobei man noch hinzufügen muß, daß es in Japan nicht nur gemeinsame Planung, sondern auch Formen gemeinsamer Finanzierung für zukunftswirksame Investitionen gibt. Aber gar von neuen Formen der Investitionsfinanzierung zu reden, macht die herkömmliche Schule vollends wild und gesprächsunfähig.



In den westlichen Industrieländern, allemal in den angelsächsischen, passiert genau das Gegenteil dessen, wovon der Präsident von Chrysler spricht. Hier wird der Rückzug des Staates aus wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Verantwortung geradezu zum Dogma erhoben. Man weist es weit von sich, über Veränderungen im Industriesystem nachzudenken. Margaret Thatcher hat sich auf dem Parteitag jüngst in Blackpool noch einmal bestätigen lassen, daß es trotz aller schlimmen und mißlichen englischen Erfahrungen beim bisherigen Kurs bleibt.

Wer anfängt zu denken, wird politisch genauso isoliert wie Margaret's Vorgänger Edward Heath. Und Reagan? Seine Administration hat durchblicken lassen, daß sie eher das ohnehin unterentwickelte soziale Sicherungssystem der Vereinigten Staaten weiter zur Ader läßt, als die Politik des teuren Geldes und der hohen Arbeitslosigkeit zu ändern.

Es verfallen die Strukturen, die betrieblichen und wirtschaftlichen sowie vor allem die Sozialstrukturen in den Großstädten. In diesem Prozeß und den aus ihm erwachsenden Hoffnungslosigkeiten liegt viel von dem begründet, was sich heute im Jugendprotest ausdrückt. Das sind nicht nur "Phänomene", wie manche bei dem Versuch meinen, die Ursachen dafür im "Transzendenten" zu suchen. Hier gibt es harte soziale Gründe.

Dies alles ist wohl zu bedenken, wenn in der Bundesrepublik im Rahmen der Haushaltsdebatte Welchen gestellt werden. Bei der erneuten Haushaltsrunde drängen CDU/CSU geradezu lüstern darauf, auf die Linie von Thatcher und Reagan einzuschwenken. Das heißt: Sie wollen die fehlenden Milliarden für den Haushalt ausschließlich durch "Einsparungen" erreichen. Und damit meinen sie in erster Linie die Leistungsgesetze, das heißt die soziale Sicherung.

Von Beschäftigungsstrategien halten sie sowieso nichts. Sie vertrauen dem tumben Glauben, wenn die soziale Sicherung zusammengestrichen und wenn im Stil des Manchester-Liberalismus "Feuer frei" gegeben worden ist, dann ginge es schon wieder aufwärts. Für ein Nachdenken im Sinne des Chrysler-Managers zeigt sich im Lager der deutschen Wirtschaft und der dieses Lager umgebenden politischen Kräfte nicht ein Lichtblick.

Es kann aber nicht gut gehen und auch nicht in Frage kommen, die für den Haushaltsausgleich erforderlichen Milliarden nur durch Eingriffe in die soziale Sicherung aufzubringen, das heißt, nur die Ausgabenseite zu bewegen. So wie die Lage der sozialen Sicherungssituationen auch im finanziellen Blickwinkel beurteilt werden muß, wäre dies der Beginn eines gesellschaftspolitischen Deformationsprozesses. Für die Konservativen der CDU/CSU mag das gehen. Eine sozialliberale Koalition bedarf zwar nicht allein, aber auch und vor allem des Vertrauens der Arbeitnehmer. Ein solches Vertrauen setzt voraus, daß das Bemühen um Arbeit und soziale Sicherung nicht vernachlässigt wird.

Das Ganze hat auch eine wirtschaftliche Seite, wenn man bedenkt, was "Thatcherismus" für die Nachfrage bedeutet. In den letzten Monaten wurde von nicht wenigen so getan, als ob die Nachfrage überhaupt kein relevantes wirtschaftspolitisches Kriterium mehr sei. Wer von der Nachfrage und nicht nur "von der Angebotsseite" spricht, erscheint nicht ganz auf der Höhe. Jedenfalls bei den "Smarties" der herkömmlichen Schule. Nun muß selbst die Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht zugeben, daß mangelnde Investitionen auch etwas mit ungenügender Nachfrage und reduzierten Absatzerwartungen zu tun haben. Welch Überraschende Einsicht.

Daß es bergauf geht, wenn man bergab marschiert, dieser neue Lehrsatz der herkömmlichen Nationalökonomie ist eine der wirtschaftlich und politisch teuersten Dummheiten, die sich zur Zeit der Westen leistet.

(-22.10.1981/va-he/ca)

+

+

+



Weder - noch

Die Fortschreibung des Energieprogramms muß Entschlüsse beachten

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der Sozialdemokratischen Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages
und Vorsitzender der Enquête-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik"

Die Bundesregierung wird im November die Dritte Fortschreibung des Energieprogramms beschließen. Vorliegende und in die Öffentlichkeit gelangte Entwürfe dazu lassen es angebracht erscheinen, an wichtige energiepolitische Entschlüsse zu erinnern, die Wegmarken für sozialdemokratische Energiepolitik bedeuten und in die Dritte Fortschreibung des Energieprogramms einer sozialdemokratischen Bundesregierung Eignung finden müssen.

Die SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften haben auf ihrer Sitzung vom 28. bis 30. Mai 1981 in München zur Energiepolitik unter anderem beschlossen: "In Übereinstimmung mit den Parteitagebeschlüssen 1977 und 1979 in Berlin und auf der Grundlage der Erklärung des Parteivorstandes vom 11. Februar 1981 halten die Fraktionsvorsitzenden in der Energiepolitik an folgenden Zielen fest:

- Verstärkte Energieeinsparung als zentrale Aufgabe einer Substitutionspolitik weg vom Öl.
- Eine Ausweitung der Kraftwerkskapazitäten ausschließlich zur Stromversorgung im Wärmemarkt wird abgelehnt.
- Ausbau der Fernwärme auf der Basis von Kraftwärmekupplung.
- Förderung der regenerativen Energie.

Die Fraktionsvorsitzenden bekräftigen die Haltung der Enquete-Kommission zukünftiger Kernenergiepolitik des 8. Deutschen Bundestages, daß derzeit weder auf Kernenergie verzichtet werden kann, noch alle Voraussetzungen geklärt sind, die einen massiven Ausbau der Kernenergie für geboten erscheinen lassen. Sie bekräftigen damit für die 80er Jahre die Gleichberechtigung beider Optionen, sowohl der langfristigen Nutzung der Kernenergie wie der Möglichkeit, langfristig auf sie zu verzichten."

Die Enquete-Kommission Kernenergiepolitik des 8. Deutschen Bundestages kommt in ihren energiepolitischen Handlungsempfehlungen in der Substanz zu gleichen Ergebnissen.

Mit den Stimmen aller Kommissionsmitglieder, mit Ausnahme der CDU/CSU wird festgehalten: "Die energiepolitischen Analysen lassen grundsätzlich zwei alternative langfristige Wege - mit und ohne Kernenergie - deutlich werden" und "die Ungewißheit darüber, ob die Bedingungen und Konsequenzen eines Verzichtes auf Kernenergienutzung mehrheitlich wünschbar sind und sich in dem notwendigen Ausmaß herbeiführen lassen, steht die Ungewißheit gegenüber, ob die volle und langfristige Nutzung der Kernenergie mit allen ihren Konsequenzen voll überblickt und mehrheitlich wünschbar ist." Die Kommissionsmehrheit empfiehlt, es erscheint angezeigt, sich heute weder auf den endgültigen Ausbau der Kernenergie noch ausschließlich auf Entwicklungen zu verlassen, die einen Verzicht auf Kernenergie möglich machen könnten.

Angeichts der Logik der zwei Wege wird empfohlen, in den 80er Jahren eine Politik umzusetzen, die als rationale und faire Vermittlung beider Wege angelegt ist. Diese Position hat sich in der Kommission als konsensfähig zwischen Kernenergieskeptikern und Gegnern bewiesen. Sie bleibt nach wie vor eine Voraussetzung für eine rationale von breitem Konsens getragene Energiepolitik. Der bekanntgewordene letzte Entwurf zur Dritten Fortschreibung des Energieprogramms wird diesen energiepolitischen Beschlüssen nicht gerecht. Es bleibt zu erwarten, daß die Bundesregierung bei ihrer endgültigen Beschlußfassung über die Dritte Fortschreibung des Energieprogramms die entsprechenden energiepolitischen Beschlüsse von SPD und FDP, aber auch die Beschlüsse der Enquete-Kommission des 8. Deutschen Bundestages in zentralen Aussagen berücksichtigen wird.

(-/22.10.1981/vc-he/ca)

+

+

+

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Der Wechsel hat stattgefunden

Papandreou wird mit den europäischen Regierungen eng zusammenarbeiten

Von Dagmar Luuk MdB

"Allaghi", der Wechsel, hat stattgefunden. Zum ersten Mal seit sechzehn Jahren gibt es in Griechenland eine sozialistische Regierung. Andreas Papandreou und seine Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) haben unter dem Emblem der aufgehenden Sonne am Sonntag einen erdrutschartigen Sieg errungen. Die PASOK steigerte ihren Stimmenanteil von rund 25 Prozent auf über 48 Prozent, die Zahl der Parlamentssitze auf 174 von 300.

Der Wunsch nach dem Wandel und die Unzufriedenheit mit der "Neuen Demokratie" des bisherigen Ministerpräsidenten Rallis waren in Nordgriechenland und auf den Inseln ebenso ausgeprägt wie in Athen. Bei großen Teilen der Jugend herrschte die Einschätzung vor, daß vier weitere Jahre Herrschaft des konservativen bis reaktionären Establiments Korruption, Bürokratisierung und Zentralismus nicht würden eindämmen können.

Auf dem Verfassungsplatz in Athen hatten sich in der letzten Woche rund eine halbe Million Griechen eingefunden, um auf der bisher größten Wahlkundgebung in der Nachkriegsgeschichte Griechenlands Andreas Papandreou zu unterstützen. Sein eher farbloser Gegenspieler Rallis brachte es ebenfalls noch auf eine für deutsche Verhältnisse ansehnliche Heerschau. Auch unter Berücksichtigung des elfprozentigen Stimmenanteils, den die moskautreue Kommunistische Partei (KKE) für sich verbuchen konnte, war der Wahlkampf eindeutig geprägt von dem Zweikampf der beiden großen Parteien "Neue Demokratie" und "PASOK", richtiger noch der beiden Parteiführer.

Die überragende Persönlichkeit im Wahlkampf ist zweifellos Andreas Papandreou gewesen, dessen große rednerische Begabung und Charisma die debattierfreudigen Griechen mitgerissen hat. In seiner 1974 gegründeten PASOK ist Papandreou der völlig unangefochtene Führer. Sein Vater Georgios war 1967 durch den Militärputsch um seinen nahen Wahlsieg gebracht worden. Nach sieben Jahren Militärdiktatur und zweimaligen Erfolgen der Konservativen kann der Volkstribun Andreas Papandreou jetzt an die erfolgreiche Politik seines Vater anknüpfen.

Die innenpolitischen Vorstellungen Papandreous werden bestimmt von dem Willen nach grundlegenden Reformen. Zu den Schwerpunkten seiner Regierung werden die Dezentralisierung, die Schaffung starker Einheitsgewerkschaften und eine Reform des Bildungswesens gehören. Die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit in Griechenland ist eine der zentralen innenpolitischen Forderungen der PASOK gewesen.



Die außenpolitischen Äußerungen Papandreou haben bei vielen Politikern in Westeuropa zu sorgenvollem Stirnrunzeln Anlaß gegeben. Nur, wer sich mit der griechischen Politik im allgemeinen und Wahlkämpfen in Griechenland im besonderen befaßt, weiß, daß gerade für die Hellenen gilt: Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird.

Das gilt für die beiden von Papandreou problematisierten Entscheidungen der konservativen Regierung grundsätzlich in gleichem Maße. Zum einen will er den vor einem Jahr vollzogenen Wiedereintritt Griechenlands in die Militärstruktur der NATO, aus der das Land wegen der türkischen Invasion auf Zypern ausgeschert war, erneut rückgängig machen.

Daß es bei einem Rückzug aus dem militärischen und politischen Teil der NATO bleibt, wenn Ministerpräsident Papandreou seine Regierungserklärung abgibt, ist wenig wahrscheinlich. Die Partner in Europa müssen allerdings wissen, daß die ungelöste Zypernfrage den Schlüssel für ein grundsätzliches Umdenken darstellt und sollten ihren Einfluß geltend machen, damit die zerstrittenen Nachbarn stärker aufeinander zugehen.

Die Entscheidung, ob Griechenland Mitglied der Europäischen Gemeinschaft bleiben soll oder nicht, will die PASOK der freien Entscheidung des Volkes überlassen. Nach der Verfassung ist die Zulassung einer solchen Volksabstimmung jedoch Sache des Staatspräsidenten, der einen Vorschlag der Regierung ohne weiteres auf die lange Bank schieben kann. Manches spricht nach Lage der Dinge dafür, daß sich Papandreou auf die tatsächlichen Gegebenheiten einstellen wird. Er wird allerdings kein bequemer Partner sein.

Noch in der Wahlnacht hat Papandreou zum Ausdruck gebracht, daß er sich um eine enge Zusammenarbeit mit den europäischen Regierungen bemühen werde. Für uns besonders bemerkenswert ist dabei, daß er neben Francois Mitterrand ausdrücklich Helmut Schmidt und Willy Brandt erwähnte. Er konstatierte ein hohes Maß an Übereinstimmung mit ihnen in der Beurteilung europäischer und weltpolitischer Probleme.

Nach einem in vielerlei Hinsicht, beeindruckendem Wahlkampf, für den Begeisterungsfähigkeit und Bekenntnisfreude kennzeichnend gewesen sind, haben die ausländischen Beobachter mit Genugtuung vermerkt, daß die griechischen Wähler noch für Überraschungen gut sind: Das bis in die Abendstunden des vergangenen Sonntags immer wieder prognostizierte Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Parteien hat nicht stattgefunden. Die Meinungsforscher haben sich gründlich geirrt.

(-/22.10.1981/hl/ca)



DOKUMENTATION

Auf einer Veranstaltung zum Gedenken an Willi Eichler führte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Mittwoch unter anderem folgendes aus:

Die Partei ringt um ihre Identität

Zweifellos ringt die Partei auch heute wieder um ihre Identität - auch wenn, dies will ich offen sagen, aktuelle Erschütterungen manchmal vergessen lassen, welche großen Wandlungen uns seit Godesberg beschäftigt haben.

Im Blick auf das soziale Gefüge der SPD habe ich im Frühling dieses Jahres in einer Berliner Rede zwei Schwerpunkte zu setzen versucht. Ich bitte um Verständnis, wenn ich mich darauf beziehe. Mein erster Punkt: Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine sozialdemokratische Volkspartei - ich könnte auch sagen: eine Integrationspartei -, also eine Partei, die fünfzig Prozent oder mehr der Wähler auf sich vereinigen will, soziale Bündnisse geradezu zimmern muß. Die heutige SPD kann verstanden werden als ein Bündnis des großen Blocks von Facharbeitern und technischer Intelligenz auf der einen Seite mit auch wahlentscheidenden neuen Gruppen aus dem Dienstleistungsgewerbe, den "Büro-Berufen", dem öffentlichen Bereich. Ich will jetzt nicht darüber streiten, ob es sich um "neue Mittelschichten" handelt. Und schon gar nicht will ich bestreiten, daß der öffentliche Dienst im allgemeinen und das Bildungswesen im besonderen in Teilen der handelnden und sich nach außen darstellenden Partei ganz ungewöhnlich stark vertreten sind. Vom Prinzip her haben wir die Öffnung gewollt, und wir müssen sie nach wie vor wollen; sie war Teil des Erfolgs, sie bleibt notwendig im Kampf gegen die Rückwärtsgewandten.

"Die Arbeiterschaft bildet den Kern der Mitglieder und Wähler der Partei. Historisch war der Sozialismus zunächst ihre Sache, da sie die am meisten entrechtete Schicht war. Aber unsere Arbeit liegt im Interesse aller, die keine Herrschafts- und Bildungsvorrechte aufrechterhalten wollen oder anstreben. Jeder Mensch also, dem soziale Gerechtigkeit und geistiger Fortschritt am Herzen liegen, ist der natürliche Verbündete der Sozialisten."

Diese Sätze stammen von Willi Eichler. Sie liegen schon lange zurück: Er schrieb sie 1954, in dem Jahr, in dem er mit der Leitung der Kommission beauftragt wurde, die das Godesberger Programm entworfen hat. Und diese Sätze sind nach wie vor richtig, wenn man die soziale Identität der modernen Sozialdemokratie bestimmen will.

Natürlich weiß ich, daß sehr unterschiedliche soziale Situationen und Erfahrungen zusammenkommen und gelegentlich aufeinanderprallen, wenn die Partei ihren politischen Willen sucht. Da gibt es Überzeugungen, die allen gemeinsam sind. Aber da gibt es auch Unterschiede: Wenn zum Beispiel für den einen die Kürzung des Arbeitslosengeldes eine reale Gefahr ist oder sein könnte, für den anderen aber eine Angelegenheit, die ihn persönlich nie treffen würde. Und das Interesse an bestimmten Formen von Umweltschutz ist verständlicherweise bei dem merklich geringer, der für die nächste Zeit mit einer Stilllegung seines Betriebs zu rechnen hat. Aber die Sozialdemokraten haben bisher den Zusammenhalt und auch den Einfallsreichtum gehabt, Interessen und Forderungen unterschiedlicher - wenn auch nicht gegensätzlicher - Art gemeinsam zu vertreten; sie müssen dazu weiter in der Lage bleiben.

Darum sage ich: Lassen wir uns nicht verwirren durch den Versuch politischer Gegner, Kernwählerschaft gegen neue Schichten auszuspielen. Oder durch die überspitzte Fragestellung, als ob wir Arbeiterwähler zugunsten von Randgruppenwählern preisgeben wollten



oder dürften. Es müßte verdächtig genug sein, daß gerade diejenigen, die noch nie Arbeiterinteressen vertreten haben und stets rasch gegen den befürchteten "Gewerkschaftsstaat" zu Felde ziehen, nun plötzlich das Bedürfnis haben, die Arbeiter gegen andere in der SPD in Schutz zu nehmen:

Mein zweiter Hauptpunkt: Wir müssen zur Bindung unterschiedlicher Menschen und Menschengruppen fähig bleiben. Die Interessen und politischen Willenserklärungen der "neuen" SPD sind ja ihrerseits Ausdruck und Auswirkung breiter gesellschaftlicher Strömungen in unserem Lande, die vor allem die Jugend erfaßt haben - und nicht nur Schüler und Studenten, sondern in hohem Maße auch junge Arbeiter -, aber nicht nur die Jugend, sondern auch weite Teile der neuen, "angegrünteten" Schichten. Das sind Strömungen, die ein geeichter Sozialdemokrat nicht eigentlich links nennen würde. Aber es sind, trotz gelegentlicher Überschneidungen und fataler Gleichklänge, erst recht nicht konservative Strömungen im Sinne der politischen Rechten. Ich will damit sagen: Es sind nicht Strömungen, die wir als Gegner zu identifizieren hätten.

Ich habe bei früherer Gelegenheit deutlich zu machen versucht, daß diese Strömungen nichts anstreben, was den Zielen des demokratischen Sozialismus fremd sein müßte. Sie wehren sich gegen den ungesteuerten Triumphzug einer Technik, die die Natur und erhaltenswerte Wohnformen zerstört. Manche wehren sich gegen die Anonymisierung des Menschen, gegen das Unmenschliche von Großstrukturen mit den dazu gehörenden Groß-Bürokratien. Manche bemühen sich um die Wiederherstellung von Lebens- und Erfahrungszusammenhängen. Sie suchen neue Formen des Zusammenlebens, neue Formen des Zusammenhangs zwischen Arbeit und Freizeit, der Zusammenführung von Arbeit und Kultur. Ich sagte und sage noch immer: Sind uns solche Ziele fremd? Sind es nicht auch unsere eigenen Ziele?

Und: Die unruhigen Jungen, die unbequem Drängenden, sie interessieren sich und sie engagieren sich in vielen Bereichen des gesellschaftlichen und des öffentlichen Lebens - für das Haus, und nicht nur für das eigene; für die Straße und was aus der nächsten Umgebung wird; dafür, was die Kinder in der Schule lernen. Und dafür, woher der Strom kommt. Sie fordern Mitwirkungsrechte. Und wiederum frage ich: Drückt sich denn da nicht eben etwas von jenem Prinzip "Mehr Demokratie wagen" aus, das sich selbst zum Motto nahm, als wir 1969 darangingen, den verkrusteten CDU-Staat umzuformen?

Gegenüber denen, die sich Friedensbewegung nennen, dürfen wir der Sache und der Menschen wegen keine falschen Zugeständnisse machen. Nichts kann uns veranlassen, die eigene Tradition zu verstecken. Oder von dem wegzulaufen, worum wir uns in den zurückliegenden Jahren bemüht haben. Oder der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ausgerechnet dann die Unterstützung zu versagen, wenn sie mithilft, daß die Weltmächte endlich zu verhandeln beginnen. Aber wir sollten uns nicht gegen Menschen in Stellung bringen, von denen die meisten letzten Endes nichts anderes wollen als wir - und was sogar in unserem Programm steht. Wir helfen der Regierung nicht, wenn wir das Elementare und zum Nachdenken dessen zwingende verkennen, was sich am 10. Oktober in Bonn dargestellt hat. Es waren - wie ich es im Bundestag gesagt habe, und zwar vor der Kundgebung - nicht Gegner, sondern Freunde (oder solche, die es werden können). Die paar Feinde, die da mitgelaufen sind, übersehe ich nicht, aber ich überschätze auch nicht ihren Einfluß. Kohls Vorwürfe sind lächerlich, und einige seiner Leute haben das gemerkt. Überhaupt zeigt der Deutschlandtag der Jungen Union, daß auch die Unionsparteien sich den Themen, den Gegensätzlichkeiten unserer Gesellschaft nicht entziehen können. (Den makabren, vergiftenden und empörenden Vergleich des Herrn aus der bayerischen Staatskanzlei lasse ich mal bewußt außen vor.)

Tatsache nun ist, daß die erwähnten Strömungen zwar stark in die SPD hineinwirken, aber Wähler eher von ihr abziehen. Nun kann man nicht jedem nachlaufen, der vor uns davonläuft. Doch die Partei darf nicht austrocknen. Und wir dürfen uns niemals damit abfinden, daß einige der engagierten Jungen sich dauerhaft außerhalb der Partei für Ziele organisieren, die den unseren nicht widersprechen.



Auf wichtige Fragen früher richtige Antworten finden

Darüber hinaus allerdings, glaube ich, müssen wir noch weiter kritische Fragen stellen, auch an uns selbst. Es gibt erfreulicherweise Strömungen der Aufgeschlossenheit und des sympathischen Engagements in unserer Gesellschaft; Minderheiten zwar, aber eben Minderheiten, die weniger selbstzufrieden oder auch gleichgültig sind als andere, und Minderheiten, die viel breitere Stimmungen in der Gesellschaft zum Ausdruck bringen, als es an der Oberfläche scheint. Diese Strömungen sind nicht mehr wie damals bei der Ablösung des CDU-Staates unsere Bündnispartner, sondern sie laufen weithin an der SPD vorbei. Woran liegt das?

Anders ausgedrückt: Es gilt nach den Ursachen zu fragen, nach den Erfahrungen und den Unzufriedenheiten, die diese Menschen umtreiben. Hier reicht es nun allerdings nicht mehr aus, die prinzipielle Vereinbarkeit von Zielvorstellungen zu konstatieren, hier reicht es auch nicht mehr aus, Integrationswillig zu bleiben. Denn die Forderungen dieser Gruppen, ihre konkreten Antworten können in vielen Fällen - das erleben wir fast täglich - nicht unsere Antworten sein. Wir dürfen ihnen nicht nur nicht nachlaufen; wir dürfen ihnen auch nicht nach dem Munde reden, nicht ihre Antworten übernehmen, wo wir sie nicht für richtig halten. In gewisser Weise ist es, wenn solche Gruppen gegen die sozialdemokratische Konsensbildung auftreten, dann eben auch zu spät. Wir müssen, und zwar möglichst rechtzeitig, den Fragen nachgehen, die diese Menschen haben. Und dann unsere eigenen Antworten finden. Noch besser ist freilich, auf wichtige Fragen früh genug richtige Antworten zu finden. Das allein kann der Weg der Sozialdemokratie sein.

Einige mögliche Punkte will ich kurz streifen, und zwar ausdrücklich in Frageform - gerichtet an diejenigen, die hier oder in der Folge das Wort ergreifen werden.

- Wo liegt das andere Ufer des Wohlfahrtsstaates; und welche Rolle kommt unter den heutigen Bedingungen der öffentlichen Verantwortung zu, wo es - bei stark eingegengten Möglichkeiten - um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geht?
- Ist es richtig, daß man sich in der Gesellschaftspolitik zu einseitig um Strukturen gekümmert hat, zu wenig um die Qualität des Lebens, die Angemessenheit von Strukturen an den Menschen, zu wenig um Vertrautheit und Geborgenheit?
- Trifft es zu, daß im Zuge mit Reformen und bei der Verbesserung von Service-Leistungen vor allem im Sozial- und Bildungsbereich eine Bürokratisierung und eine Tendenz zu Großstrukturen einhergekommen ist, die in dieser Form niemand gewollt hat?
- Ist es richtig, daß ein zunehmendes Bedürfnis nach Werten, nach Sinnorientierung besteht, das wir nicht befriedigen können, wenn wir zu sehr in materiellen Kategorien denken?
- Trifft es zu, daß ein offenbar dauerhaftes Bedürfnis vor allem junger Menschen nach moralischer Bewertung von Dingen und nach moralischem Engagement besteht, demgegenüber wir häufig zu sachbezogen und scheinbar leidenschaftslos erscheinen; gerade auch im kommunalen Bereich?
- Ist es richtig, daß sich dauerhaft neue Wohn- und Lebensformen herausbilden, die wir in der Familien-, Sozial- und Wohnungsbaupolitik berücksichtigen sollten?
- Und endlich: Trifft es zu, daß ein verstärktes und legitimes Bedürfnis nach mehr Autonomie und Selbstgestaltungsmöglichkeit vor allem bei Jugendlichen besteht, dem in der Jugend-, Kultur- und Bildungspolitik Rechnung zu tragen wäre?

Ich kleide dies alles bewußt in Frageform. In einem aber bin ich mir sicher: Wenn und insoweit die Partei diese Fragen als begründet bejaht, kann sie auch die Kraft finden, auf sie Antworten zu geben. Sie kann die nötigen Reformen auch in einer Zeit enger Finanzspielräume realistisch konzipieren. Sie kann manche eigene Initiative entfalten - auch, aber nicht nur, bei der Suche nach Werten und Sinnerfüllung.

Als Interessenvertretung schärfer Profil gewinnen

Werden solche Vorschläge der Aufgabe gerecht, vor der die SPD als Arbeiterpartei und als fortschrittliche Volkspartei steht? Liegt in der Kritik an bloßen Strukturreformen nicht eine Vernachlässigung der Interessen von weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft?



Unsere Antwort muß sein: Dies darf keinesfalls geschehen. Unsere Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft - ihre berechtigten materiellen Ansprüche, des Ausbaus ihrer Mitbestimmungsrechte, der Humanisierung ihrer Arbeitsbedingungen muß eindeutig sein und zweifelsfrei bleiben. Im Gegenteil: Diese Interessenvertretung muß wieder schärfer an Profil gewinnen - das Tauziehen um die Sparbeschlüsse in diesem Sommer hat, wie Niedersachsen etwa zeigte, manchen unserer Stammwähler dazu veranlaßt, zuhause zu bleiben. Manche hatten schlimmere Eingriffe erwartet, vermißten dann aber die gerechte Ausgewogenheit. Die Operation ist nicht abgeschlossen, und es ist noch nicht sicher, daß wir hinbekommen, was geboten wäre: Gerechtigkeit und möglichst deutliche Signale in Richtung auf eine aktive Beschäftigungspolitik.

Ich bin dafür, unser Bündnis mit den Gewerkschaften zu vertiefen. Nicht nur mehr Sitzungen. Wir dürfen niemals zulassen, daß die Rechte der Arbeitnehmer in unserer Willensbildung in den Hintergrund gedrängt oder gespielt werden.

Aber ich sage auch: Beides schließt einander nicht aus. Die unmißverständliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft im traditionellen Sinne schließt doch nicht aus, daß wir jenen anderen Forderungen nach mehr Qualität des Lebens nachgehen, selbst wenn diese überwiegend aus den Reihen der "neuen" Schichten geäußert werden. Wir können beides leisten - im Sinne des Bündnisses, das wir selbst bilden. Aber noch mehr: Diese beiden Zielrichtungen können einander sogar fruchtbar ergänzen. Es stimmt einfach nicht, daß eine stärker akzentuierte Umweltpolitik Investitionsstaus schaffen und Arbeitsplätze gefährden muß. Das ist in hohem Maße ein Argument von Lobbyisten der betroffenen Industriezweige. Wir wissen mittlerweile längst, daß umweltfreundliche Maßnahmen gerade besonders arbeitsplatzintensiv sein können - von der Gewässerreinigung über die Wärmedämmung bis zu der Entwicklung alternativer Energien. Allerdings verlangt eine solche Strategie viel gesellschaftlichen Einfallsreichtum und Durchsetzungswillen.

Und es stimmt auch nicht, daß Demokratisierung, mehr Dezentralisierung, Autonomiegewährung vor allem mehr Geld kosten würde. Wir haben vielmehr Grund zu der Annahme; daß das Vorbeugeprinzip in der sozialen Politik, ein erhöhtes Maß an Selbstorganisation, an Hilfe zur Selbsthilfe vielmehr gerade die Kostenexplosion in der Gesundheits- und Sozialpolitik stoppen und die gesellschaftliche "Produktivkraft Partizipation" mobilisieren könnten.

Und es stimmt ebenso nicht, daß das Eintreten für eine sauberere Umwelt, für menschlichere Formen des Arbeitslebens und des gesellschaftlichen Lebens - oder womöglich gar gegen das wahnwitzige Wettrüsten in Ost und West! - eine Sache nur von Randgruppen oder nur von "Bürgerkindern" sei. Wir müssen es geradezu wollen, daß ursprüngliche Ziele der Arbeiterbewegung (in direkter oder abgewandelter Form) auch von neuen Gruppen eingefordert werden.

Sozialdemokratische Identität? Die bindende Kraft unserer Politik ist etwas schwächer geworden. Viele Engagierte - engagiert in unserem Sinn - vertrauen uns nicht mehr. Es gilt, Vertrauen zurückzugewinnen und neu zu begründen. Unser Streben nach Reformen, nach vernünftiger Veränderung muß wieder deutlicher werden. Wie der Weg aussieht, ist uns nicht vorgegeben. Wir müssen es selbst herausfinden; indem wir genau hinhorchen, wie die Menschen ihre Erfahrungen formulieren, ihre Klagen, ihre Wünsche und ihre Hoffnungen. Und daraus dann in grundwerte-orientierte Politik umsetzen, was sich umsetzen läßt.

(-/22.10.1981/ks/ca)

* * *

Verantwortlich: Willi Carl

